



Unser Arbeitsmarkt braucht Zuwanderung- Migrantinnen und Migranten willkommen!

Angst um Wohlstand und soziale Sicherheit in Teilen der Bevölkerung nutzend, schürt die „Alternative für Deutschland“ (AfD) Fremdenfeindlichkeit und Überfremdungsangst. Sie macht die Migrationspolitik der Regierung und die Migranten/innen, die in unserem Land leben, für „alles Schlechte“ verantwortlich. Dem stellen wir Zahlen-Daten-Fakten und eine weltoffene, buntes, demokratisches Gesellschaftsbild entgegen. Weder gäbe es das heutige Deutschland mit seinem Wohlstand und seiner Vielfalt, noch könnten wir es ohne die Mitwirkung ausländischer Arbeitskräfte erhalten. Liegt es nicht viel eher in unserem Interesse, dass die fehlenden Fachkräfte zu uns kommen, statt das unsere Unternehmen perspektivisch dahin gehen, wo die Arbeitskräfte sind?

Risikofaktor Fachkräftemangel: Zahlen-Daten-Fakten

Seit vielen Jahren schon baut sich der Fachkräftemangel als ein Hauptrisikofaktor für den Erhalt der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft auf. Das hat auch Konsequenzen für die Sicherheit vieler Arbeitsplätze in unserem Land.

Schon heute würde in bestimmten Branchen ohne zugewanderte Beschäftigte nichts mehr funktionieren.

Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) haben (Stand 5/22):

- **34,3 % der Mitarbeiter/innen in der Lebensmittelherstellung**
- **31,2 % im Hoch- und Tiefbau**
- **28 % im Tourismus und Hotel- und Gaststättengewerbe**
- **25,4 % in Verkehr/Logistik**
- **16,3 % in Berufen der Altenpflege ausländische Wurzeln.**

Stand 12/22 lebten laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 89.000 Menschen mit einer sogen. „Blauen Karte“ in Deutschland – Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium. Tendenz steigend. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verzeichnet in jedem 6. Beruf in Deutschland einen Mangel an Fachkräften. Betroffen sind demzufolge vor allem die Pflegeberufe, Berufskraftfahrer, medizinische Fachangestellte, Bau- und Handwerksberufe, Kinderbetreuung, IT-Berufe, Hotel- und Gastronomieservice etc. Das Institut der deutschen Wirtschaft errechnete Stand Dezember 23 eine sogen. Fachkräftelücke von 533.000 Beschäftigungsverhältnissen. Und wenn eines feststeht: diese „Fachkräftelücke“ ist nicht ohne Zuwanderung aus dem Ausland, ohne Migrantinnen und Migranten, zu füllen. Ob mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft:

- Schon heute besitzt jeder fünfte Selbständige und jeder siebte Auszubildende im rheinhessischen Handwerk nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Und weiter heißt es in dem Artikel der AZ „Nur Fleiß und Ehrlichkeit zählen“ vom 12.02.24: „Hinzu kommen viele Menschen, die zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, jedoch im Ausland geboren wurden oder deren Eltern aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert sind ... Das Handwerk ist genauso bunt wie unsere Gesellschaft.“
- Gehen wir in einen anderen Beschäftigungssektor, die Pflege. Bis 2030 dürften hier eine halbe Million Fachkräfte fehlen (FR, 15.02.24, Deutschland? Zu rassistisch!) Die Hürden für eine Integration sind vielfältig. Aber ein Faktor, warum philippinische Fachkräfte vermehrt den USA oder arabischen Staaten den Vorzug geben, ist, dass Deutschland zunehmend als „migrationsfeindlich“ wahrgenommen wird.
- Ernst Jäger, Chef des Gummi- und Kunststoffunternehmens Jäger in Hannover mit 1000 Beschäftigten: „Wenn wir die unsäglichen Deportationsfantasien der Rechten zuließen bei unseren eingewanderten Beschäftigten, dann müssten wir in unserem Unternehmen 50 Prozent der Fertigung stilllegen“ (FR, 14. 02.24, Standortrisiko Rechtspopulismus).

Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt der Kulturen und unseres Zusammenlebens!

Ethisch-moralisch betrachtet ist die Migrationspolitik der AfD, die in sogen. „Remigrations-programmen“ zur ethnischen Säuberung Deutschlands gipfelt, eine Schande; menschen-verachtend, rassistisch. Beschäftigungs-

AfD ihre Stimme geben wollen. Das beginnt mit dem Handwerker, der nicht mehr verfügbar ist, über die fehlende Ärztin im Krankenhaus und endet mit der Schließung von Wirtschaftsbereichen und damit dem Wegfall von Arbeitsplätzen aufgrund ungünstiger Standortfaktoren.

Es gibt viel zu verbessern in unserem Land, unbestritten, und die demokratischen Parteien in Regierungsverantwortung und Opposition tun gut daran, nicht nur hinzuhören, wo die „Schmerzpunkte“ großer Bevölkerungsteile liegen, sondern auch gute Lösungen zu finden und umzusetzen. Soziale Probleme wie bezahlbare Mieten, auskömmliche Renten etc. müssen sozialpolitisch angegangen werden und dürfen nicht auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten ausgetragen werden.

Und ja, Migration muss gesteuert; aber hier muss die Devise doch sein, mehr Wege für legale Zuwanderung zu öffnen, Integrationshürden abzubauen und eine Willkommenskultur zu schaffen, die Arbeitskräften eine Entscheidung für Deutschland leicht machen.

Damit Protest und „Denkzettel“-Überlegungen nicht zum Bumerang werden
- keine Stimme der AfD!

Zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft, zu Vielfalt und Achtung der Menschenrechte gibt es keine Alternative!